

Liebe Bürgerinnen und Bürger, Kolleginnen und Kollegen, ~~sehr geehrter~~ Herr Oberbürgermeister, ~~sehr geehrter~~ Herr Bürgermeister, Referentinnen und Referenten,

Im Großen und Ganzen hat die Verwaltung, in der jetzigen Situation in die sie uns hineinmanövriert hat, das getan, was zwingend notwendig ist, um eine „Pleitestadt“ mit dem vorliegenden Konsolidierungshaushalt am Laufen zu halten. Aber: Wird die Regierung von Mittelfranken diesem zustimmen?

Der Alternative für Deutschland und allen Bürgerinnen und Bürger stellt sich daher die Frage, wie konnte es dazu kommen und welche Konsequenzen leitet die AfD daraus ab?

Schließlich sind wir auch in diesem Jahr mit einem Haushalt gestartet, der als „konsolidiert“ bezeichnet wird – ein Haushalt, der weiterhin unter finanzieller Beobachtung durch die Regierung von Mittelfranken steht, und zwar nun schon im zweiten Jahr in Folge.

Es ist für uns schmerzlich zu erleben, wie die einst prosperierende Stadt in den letzten Jahren kaputtfinanziert wurde. Besonders ärgerlich ist dies, weil wir von der AfD bereits seit 2021 immer wieder unsere Bedenken hinsichtlich der finanziellen Entwicklung der Stadt geäußert haben. Im Jahr 2022 haben wir diese Warnungen noch konkretisiert und daher alle folgenden Haushalte abgelehnt.

Einen treffenden Hinweis dafür lieferte mein Kollege Siegfried Ermer, der bereits damals, im Jahr 2021, auf die drohenden Probleme hinwies. Ich zitiere: „Grundsätzlich können wir noch feststellen, dass sich Erlangen in einer soliden Finanzlage befindet. Das „Noch“ rührt vor allem daher, dass wir zukünftig größere Finanzprobleme auf die Stadt zukommen sehen.“

Er führte weiter aus und nannte dabei einige zentrale Problembereiche des

Haushalts 2021:

- Die wirtschaftliche Lage, insbesondere der mittelständischen und kleinen Unternehmen in Erlangen, die weiterhin Sorgen bereitet.
- Der sinn- und zwecklose sogenannte Klimanotstand wird massive Auswirkungen auf die Infrastruktur und den Wohlstand der Erlanger Bevölkerung haben.
- Verstärkt wird die Verschwendung von Steuergeldern noch massiv mit dem Bau der Stadtumlandbahn (StUB).
- Die unrealistisch hohen Einnahmeerwartungen sind mit Blick auf die andauernde Krisenlage viel zu optimistisch.
- Das war schon ein Wink auf die späteren Probleme bei den Steuereinnahmen, insbesondere der Gewerbesteuer.

Zum Haushalt 2022 konkretisierte er:

- Während in der Wirtschaft durch technologischen Fortschritt Stellen wegfallen können, stellt man auf kommunaler Ebene oft das Gegenteil fest.
- Bei den grundgesetzwidrigen Coronamaßnahmen hatten wir es erneut mit Aktionismus zu tun, der abseits von Erkenntnissen und mit viel Moralismus und Wunschdenken betrieben wurde. Das führte zu einer sinnlosen Geldverschwendung zulasten unserer Steuerzahler. Ein Beispiel dafür war die Anschaffung teurer Luftfilter in Höhe von 3 Mio. EUR, die nutzlos waren und das, obwohl wir bereits im Vorfeld vor dieser Fehlentscheidung gewarnt hatten.
- Besonders bezeichnend war die verwirrte Haltung des Oberbürgermeisters. Als angebliche Schutzmaßnahme rasierte er sich den Bart ab und empfahl allen Angestellten, es ihm gleich zu tun.
- Sparen ist in einem Stadtrat, der oft wie ein Wunschkonzert für ideologische Projekte wirkt, nicht einfach. Stattdessen wurden lieber neue Stellen geschaffen, die mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von 3,3 Millionen Euro verbunden waren.
- Die Vorsorgeaufwendungen explodierten von 9 Millionen auf satte 27,5 Millionen Euro.
- Bereits damals warnte die Kämmerei: „So muss Erlangen 2022 von geringeren Gewerbesteuerereinnahmen als 2020 und 2021 ausgehen, da die überragenden Gewerbesteuerereinnahmen dieser Jahre wesentlich auf Einmaleffekte zurückzuführen sind.“
- Erlangen lebte immer mehr von der Substanz. Wie schnell sich diese verflüchtigen kann, zeigt sich an der Liquidität: Ein Guthaben von stolzen 132 Millionen Euro wurde innerhalb eines Jahres auf die Hälfte zusammengesmolzen.
- Und dann natürlich die Stadtumlandbahn (StUB), ein Projekt, das nicht den zukünftigen Anforderungen der öffentlichen Verkehrsentwicklung gerecht wird. Nur weil Fördermittel locken, ist es noch lange kein gutes Projekt. Wir forderten schon damals eine zukunftsorientierte Ausrichtung des öffentlichen Verkehrs, beispielsweise durch das autonome Fahren.
- Zudem warnten wir vor den gewaltigen Kosten des Projekts: „Angesichts der schwierigen Querungen – wie der A3, dem Kanal, der Regnitz, der A73 und der Eisenbahn – sowie der steigenden Inflation wird das Projekt allein in der Herstellung mindestens eine Milliarde Euro kosten.“
- Wir konnten und wollten nicht ein Projekt unterstützen, das sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich ein Desaster zu werden droht und die finanzielle Stabilität der Stadt gefährdet.
- Und wir richteten einen Appell an die Klimaverfechter im Stadtrat: „Beschäftigen Sie sich nicht mit Projekten, die das Klima steuern sollen. Sagen Sie uns lieber, was Sie tun wollen, damit wir mit der natürlichen Klimaveränderung leben können?“

Bemerkenswert bei unserer **Haushaltrede 2023** war:

- Der Oberbürgermeister gab in seiner Jahresschlussrede 2022 zu, dass es bei den Coronamaßnahmen Verfehlungen gegeben habe, die aufgearbeitet werden müssten. Doch wie so oft gab es keine Aufarbeitung. Wir erinnerten daran, dass nutzlose Luftfilter angeschafft wurden, die keiner mehr haben will.
- Wieder wurden neue Stellen in der Verwaltung geschaffen, diesmal mit einem Volumen von 3,6 Millionen Euro, wobei diese erneut vorrangig für ideologische Projekte verwendet wurden. Dadurch stiegen die Personalausgaben auf über 166 Millionen Euro pro Jahr. Nicht ohne Grund resümierte Kämmerer Beugel schon damals: die bereits durchgeführten Maßnahmen würden „keinen Raum für Stellenneuschaffungen eröffnen, sondern in die entgegengesetzte Richtung zeigen.“
- Mein Kollege warnte damals: „Wenn die Wähler und auch die CSU in ihrer Programmatik nicht aufwachen, dann werden wir in drei Jahren eine sozialistische, rot-grüne Plan- und Kommandowirtschaft haben. Und wir wissen, wohin das führt.“
- Bezüglich der Gewerbesteuer stellten wir bereits damals fest: „Als Gradmesser einer florierenden Wirtschaft bleibt die Gewerbesteuer deutlich unter dem Niveau der Vor-Corona-Zeiten. In der höchsten Kategorie über 100.000 Euro sind nur 1% aller Unternehmen vertreten, die aber den Großteil der Gewerbesteuerereinnahmen erwirtschaften. Man kann sich vorstellen, was es bedeutet, wenn nur eine Handvoll davon zwar nicht pleite ist, aber eben nicht mehr produziert, wie das unser damaliger Bundeswirtschaftsminister, zur Verwunderung aller Ökonomen, den Bürgern weismachen wollte.“ Im Haushalt 2023 mussten bereits 14 Millionen Euro für risikobehaftete Gewerbesteueresondertatbestände eingeplant werden, und wir prognostizierten einen Einbruch der Gewerbesteuerereinnahmen um 27%.
- Das „Wunschkonzert“ des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, das weiterhin ideologische Investitionen bevorzugte, machte auch 2023 einen ausgeglichenen Finanzhaushalt unmöglich, der mit einem Verlust von 42 Millionen Euro abschloss.
- Vorausschauend warnte mein Kollege Siegfried Ermer: „Spätestens in 2025/26 wird die Stadt über keine Liquidität mehr verfügen. Der Haushalt muss dann wieder über Schulden finanziert werden, was vielleicht die erfolgsverwöhnten und gesättigten Erlanger Bürger bei der dann stattfindenden Kommunalwahl wachrütteln wird. Und da will man dann noch riesige Summen in eine StUB stecken, die die Stadt endgültig zerstört?“

- Zum Klima führten wir damals aus: Wir unterstützen Maßnahmen zur Anpassung an die Klimaveränderung, jedoch nicht ideologisch verblendet, sondern mit klarem Verstand. Denn wir erkennen an, dass das Klima sich ändert, weil es natürlich ist. Das bedeutet jedoch, dass Anpassungsmaßnahmen im Einklang mit dem Schutz der Natur erfolgen müssen und nicht indem man unsere mittlerweile sauberen Kohlekraftwerke zusammen mit den blitzsauberen (CO₂-freien) und modernen Atomkraftwerken auf die Müllhalde befördert. Das zeigte uns, dass „die Grünen schon lange keine Umweltpartei mehr sind und wohl auch nie ernsthaft waren.“
- Zu dem von Russland ausgehenden militärischen Krieg gegen die Ukraine, sagten wir, „dass die Grünen auch nie wirklich pazifistisch waren. Ihre Politik widerspricht ihren eigenen Prinzipien, besonders wenn es um die Realität militärischer Konflikte geht.“
- Das größte Sorgenkind bleibt jedoch die Stadthamlandbahn:
Dieses Großprojekt wird alles Bisherige in den Schatten stellen und ein finanzielles sowie ökologisches Desaster werden, ähnlich wie der Berliner Flughafen, die Hamburger Elbphilharmonie oder der Stuttgarter Bahnhof.
- Bis 2023 wurden rund 25 Millionen Euro für die Planung und über 46 Millionen Euro für Umlagen ausgegeben – alles Geld, das dringend für einsturzgefährdete Brücken, sanierungsbedürftige kaputte Schulen, Kindergärten und marode Straßen benötigt wird.
- Wir sprachen auch den Zeitgeist an: „Wenn im Stadtrat ständig von Demokratie gesprochen wird oder sie gar anderen abgesprochen wird, muss man das hinterfragen. Es macht uns stutzig, wenn jemand das Offensichtliche immer wieder betonen muss. Wer ständig von Demokratie spricht, ist oft der größte Antidemokrat – ganz nach dem Motto ‚Haltet den Dieb!‘ oder wie sich moderne Faschisten ‚Antifaschisten‘ nennen.“
- Schließlich konnte mein Kollege Siegfried Ermer den sogenannten „Genderwahn“ nicht unbeachtet lassen. Er sagte: „Ich kann mich nicht mehr als Deutscher, als Christ, als Mann, als Vater oder Großvater identifizieren? Nein! Ich muss zu ‚Bürger X mit dem Geschlecht XYZ‘ werden, zu ‚Elternteil 1‘ und ‚Elternteil 2‘. Ich muss eine Nummer sein. Denn nur wenn ich keine Identität oder Wurzeln mehr habe, werde ich perfekt manipulierbar.“

Das **Haushaltjahr 2024** begann mit euphorischen Schalmeienklängen

- denn ein Rekord jagte den nächsten. Der Haushalt wies ein Gesamtvolumen von 624,4 Mio. EUR auf – so hoch wie noch nie. Die Gewerbesteuer sollte mit 220 Mio. EUR sprudeln wie nie zuvor.
- So machte OB Janik gleich große Versprechungen: „Dank überaus positiver Gewerbesteuereinnahmen können wir die begonnenen Zukunftsinvestitionen auf Rekordniveau fortsetzen“, wobei er Klimaschutz und Verkehrswende besonders hervorhob. Kämmerer Beugel meinte jedoch: „Man dürfe sich von den hohen Einnahmen bei der Gewerbesteuer nicht blenden lassen, weil es sich hier auch um Einmaleffekte handle.“ Ahnte oder wusste er schon etwas vom späteren Einbruch der Gewerbesteuer? Und mein Kollege Siegfried Ermer eröffnete seine Haushaltsrede mit: „Leider muss ich feststellen, dass die Aussicht auf dieses neue Jahr genauso düster ist.“ Er war nämlich schon damals sehr skeptisch in Bezug auf die hochgejubelten Gewerbesteuereinnahmen.
- Denn auf eine Anfrage von uns teilte die Kämmerei vorab mit, dass 91 Großbetriebe von insgesamt 7.463 Gewerbetreibenden ca. 188 Mio. EUR von den prognostizierten 220 Mio. erbringen würden. Damit war klar, die Stadt hängt am Tropf von wenigen Großbetrieben.
- Und weil 2024 mit so hohen Einnahmen ein tolles Jahr werden sollte, wurden die Personalkosten erneut um 15 Mio. EUR auf über 180 Mio. EUR aufgestockt, das entspricht 34,5 % der Gesamtausgaben.
- Weiter lag uns die StUB schwer im Magen. Wir konstatierten: „Die liebenswerte Stadt wird hässlich. Dass der Rot-Links-Grüne Stadtrat die StUB will, verwundert nicht. Ärgerlich ist jedoch die Tatsache, mit welchen falschen, teils verlogenen Argumenten, Berechnungen und vor allem Maßnahmen versucht wird, unumkehrbare Verhältnisse zu schaffen. Höher und immer höher hinaus. Ganz gierig hechelt man nach Subventionen und setzt mit der Regnitzstadt das nächste Großprojekt auf die Agenda, als würde man sich mit der StUB nicht schon genug überheben.“
- Für uns nicht überraschend hatte die Regierung von Mittelfranken als zuständige Aufsichtsbehörde den Haushalt 2024 nicht genehmigt.
- Aber ein ganz anderes Thema überlagerte den Haushalt 2024. Das selbst ernannte Rechercheportal Correctiv behauptete mit einer „dreckigen Lüge“, die AfD wolle Deutsche deportieren. Ein Jahr später war klar, alles erdichtet und erschwindelt, wie Gerichte feststellten. Dabei vergriff sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Dees in Geschichtsklitterung, als er ohne jede Kenntnis der Hintergründe der Correctivgeschichte unsere AfD mit der NSDAP gleichsetzte.

Bis heute hat es niemand für erforderlich gehalten, die dreisten Anschuldigungen gegen uns zurückzunehmen, oder sich gar dafür zu entschuldigen. Das lässt sehr tief blicken.

Damit komme ich zur **Haushaltsdebatte 2025**

- Der Haushalt 2025 beweist, wie Recht wir mit unseren Warnungen und den von uns vorgeschlagenen, aber nicht umgesetzten Sparmaßnahmen in 2024 hatten. Deshalb, so mein Kollege Ermer, wandeln wir mit unseren Stadtfinanzen für mehrere Jahre im Tal der Tränen unserer Bürger.
- Dieser und auch der nun anstehende Haushalt 2026 stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung der Regierung von Mittelfranken. Das sich immer wieder selbstlobende Erlangen wurde schlagartig selbstverschuldet zum Nachhilfeschüler.
- Mit künftigen Gewerbeflächen, die man noch gar nicht kennt, will man mit einem „grünen Gewerbegebiet“ das Loch stopfen, das die Gewerbesteuer gerissen hat. Dabei wurde vor Jahren eine Gewerbefläche von 35 ha in Frauenaaurach an ein Logistik-Unternehmen quasi verschenkt.
- Bar jeder Vernunft hat man noch Ende 2025 den Grundsteuerhebesatz erhöht. Ein Zeichen dafür, dass die knappe links-rote Mehrheit im Stadtrat weiter mit woken und antiunternehmerischen Mitteln die Stadt lieber in Regenbogenfarben hüllen will.
- Den äußerst knappen Pro-StUB-Entscheid in 2024, der nur 10 Tage später mit der Explosion der Gewerbesteuerbombe konterkariert wurde, kommentierte Siegfried Ermer im Haushalt 2025 mit den Worten: „Aufgrund der Haushaltsmisere vor allem im Bund und der unsicheren Wirtschafts- und Sicherheitslage prophezeie ich, dass es die Förderung durch Bund und Land von 90 % nicht geben wird. Vielleicht wird sie nur 70 % betragen und die Belastung für Erlangen weiter in die Höhe treiben.“
- Und der CSU empfahl er: Emanzipiert Euch von Euren Fehlern in der Kooperation mit der SPD und einer Merkel, die die Vorarbeit des Staatsruins und die Spaltung der Gesellschaft erst ermöglicht hat. Kehrt zurück zu konservativen, liberalen Positionen und einer demokratischen Debattenkultur, die niemanden ausgrenzt mit Genderregularien, Impfpflichten und Kriminalisierung von unbescholtenen Bürgern. Sonst werdet Ihr weiterhin in Erlangen eine untergeordnete Rolle spielen.
- Und tatsächlich, nur zweieinhalb Wochen später, kündigte die CSU die Kooperation mit der SPD auf.
- Da sich auch in den anderen Haushaltspunkten nichts Wesentliches geändert hatte, will ich hier die Rückschau beenden und

wende mich dem aktuellen **Haushaltsentwurf 2026** zu.

- Hier fordern wir zur Genesung der Haushaltsmisere, nicht nur ein Referendum zur StUB mit dem Stopp aller weiteren Maßnahmen, sondern einen neuen Bürgerentscheid dazu.
- Sanieren wir den Haushalt auch durch einen Stopp bei den Stellenausschreibungen und streichen wir freiwillige Ausgaben, zu denen die Stadt rechtlich nicht verpflichtet ist. Dazu gehören z. B. Ausgaben für Klimaschutz, Gender- bzw. Queeren-Themen sowie für eine Diakonie, die mittlerweile politisch ausgerichtet ist. Die freiwilligen Zuschüsse in Höhe von 179.300 € nur für diese Organisation sollten sofort gestrichen werden. Es lag und liegt an der Ev. Kirche, dass sie diesen Betrag braucht, weil immer mehr Gläubige der Kirche den Rücken kehren, wegen ihrer fast nur noch politischen Agitation.

Wir lehnen den Haushalt 2026 ab

wegen einer sehr hohen Verschuldung von rund 220 Mio. EUR. Wahrscheinlich wird dieser von der Regierung von Mittelfranken wieder nicht genehmigt.

Im Hinblick auf die bevorstehende OB-Wahl appellieren wir an die Erlanger Bürgerinnen und Bürger:

Keine Stimme mehr für einen OB, der für diese miserable Situation unserer Stadt mitverantwortlich ist.

- Mit der Ausrufung des Klimanotstandes wurden in Erlangen völlig falsche Weichen gestellt. Selbst im Stadtentwicklungskonzept (STEK) ist dieser Notstand auf wundersame Weise verschwunden. Dort wird durchgängig nur noch von Klimaanpassung gesprochen, ohne dem eine Dringlichkeit zu geben. Und auch am Umgang mit „Klimathemen bei der Budgetplanung treten diese folgerichtig in den Hintergrund!
- Ebenso kritisch sehen wir den geplanten Bau des Windparks Römerreuth. Nein, Windkraftanlagen sind keine umweltfreundliche Lösung im Rahmen der gescheiterten „Energiewende“. Sie zerstören die Umwelt mit riesigen Fundamenten aus Stahl und Beton, mit breiten Zufahrtstraßen und durch Beeinträchtigung der Ackerböden und der Atemluft mit den sogenannten Ewigkeitsmaterialien. Das Thema wurde aus unserer Sicht rein ideologisch beleuchtet, die Bürger und die Umwelt haben mal wieder das Nachsehen.

- Zusätzlich wird neben der StUB an einem weiteren Großprojekt weitergeträumt, der Regnitzstadt. Wir haben leider den Eindruck gewonnen, dass die für Erlangen wirklich wichtigen Themen wie
 - Stabilisierung oder Neubau von Brücken
 - Sanierung von Schulen und Kindergärten
 - Sicherung der Leistungsfähigkeit unserer Stadtfeuerwehr
 - Erhalt wesentlicher kultureller Einrichtungen, z.B. des Markgrafentheaters

für den Oberbürgermeister und so manche Fraktion nicht „sexy“ genug sind. Mit Großprojekten lässt sich da schon besser präsentieren.

Mögen die Erlanger Bürgerinnen und Bürger entscheiden, was sie als wichtig empfinden.

- Ein weiteres aktuelles Aushängeschild, in das wohl bereits Millionen geflossen sind, ist das ZAM – das Zentrum für Austausch und Machen. Dieses soll ein Beitrag der Erlanger Bürger zur Stadtentwicklung sein oder einen solchen ermöglichen. Wie dem auch sei, in jedem Fall ist es ein sehr nennenswerter Kostenblock, den die AfD aktuell als „nice to have“ einstuft, der aber angesichts der prekären Gesamtsituation nicht mehr zu rechtfertigen ist. Das Areal sollte verkauft und der Erlös in die Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen fließen.
- Wie bereits erwähnt, wurden die temporär hohen Gewerbesteuerereinnahmen für einen enormen Aufbau an zusätzlichem Verwaltungspersonal für mehr oder weniger sinnvolle Aufgaben genutzt. Diese Kosten fallen seitdem weiterhin und steigend an und stellen eine enorme zusätzliche Belastung für den Haushalt dar. Leider ist das ein weiterer Beweis dafür, dass der verantwortungsvolle Umgang mit dem Geld der Unternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger nicht zu den Kerninteressen und -kompetenzen dieses Oberbürgermeisters gehört. Hier muss umgehend mit der Rückabwicklung begonnen werden, ein Einstellungsstopp reicht da nicht.

Nicht zuletzt haben wir auch charakterlich Erwartungen an einen OB, die Herr Janik aus unserer Sicht nicht erfüllt.

Dieser OB zeigt kaum Empathie und grenzt gerne aus, obwohl er zur Neutralität verpflichtet ist. Dabei sind die Neutralität und der respektvolle Umgang mit allen in der Kommunalpolitik ehrenamtlich Tätigen essenziell.

Warum betone ich das?

OB Janik gratulierte regelmäßig Stadtratskollegen, die am Tag der Stadtratssitzung Geburtstag haben; am Geburtstag von Siegfried Ermer in der Stadtratssitzung am 25. September letzten Jahres, blieb jedoch eine Gratulation oder auch nur eine Erwähnung aus. Das zeigt eine klare Tendenz zur Benachteiligung bestimmter Kolleginnen und Kollegen, gar nicht zu sprechen von Würde und Anstand.

Solche Ungleichbehandlungen untergraben das Vertrauen in die Neutralität des OB und beschädigen die Glaubwürdigkeit der Stadtführung. Diese Praxis muss geändert und eine konsequente, respektvolle Ansprache aller Stadratsmitglieder sichergestellt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.